

**ABGESCHIRMT.** Zölle bis zu 1000 Prozent des Warenpreises schützen die Schweizer Bauern vor dem harten europäischen Wettbewerb. Jetzt will der Bundesrat auch im Agrarbereich den freien Handel mit der EU. Mitte März hat er ein Verhandlungsmandat verab-

schiedet. Die Bauernschaft ist gespalten: der Bauernverband bekämpft den Agrarfreihandel, die in der Organisation Biosuisse zusammengeschlossenen Bauern sind dafür. Hannes Schweizer ist SP-Landrat aus Titterten, Biobauer und ein vehementer Gegner des

Freihandels. Wachsen oder weichen? Gegen diese Logik wehrt er sich. Als Befürworter schreibt Jörn Sanders von der Forschungsanstalt für biologischen Landbau in Frick. Er betrachtet den Agrarfreihandel als eine Chance für die Schweizer Bauern. *SGR/Foto Keystone*

## Ist der Freihandel eine Chance für die Bauern?

Freihandel bringt Innovation, sagt der Biolandbauvertreter; Freihandel ist unsozial, kontert der Bauernvertreter

JÖRN SANDERS

**P**essimistische Prognosen befürchten, dass das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen um bis zu 40 Prozent sinken würde, wenn der Grenzschutz gegenüber der EU vollständig abgebaut würde. Solche Einkommenseinbußen würden den Strukturwandel verschärfen, die Anzahl der Landwirtschaftsbetriebe ginge in grösserem Umfang zurück.

Auf die gesamte Schweizer Volkswirtschaft hätte das Freihandelsabkommen hingegen eine positive Wirkung. Profitieren würden besonders

### Ein mutiger Schritt dürfte der Landwirtschaft mehr Gestaltungsfreiraum lassen als ein später Nachvollzug.

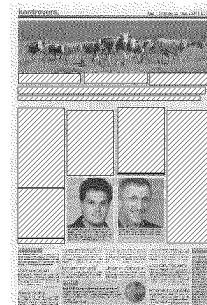
einkommensschwache Haushalte, da die Preise für Lebensmittel im Durchschnitt um rund 25 Prozent fallen würden, wovon auch der Tourismus profitieren könnte. Berechnungen des Bundesamts für Landwirtschaft zeigen, dass als direkte Folge des Agrarfreihandelsabkommens eine Erhöhung von 0,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes oder jährlich gut zwei Milliarden Franken zu erwarten wären.

Ökonomisch bedeutsam sind auch die indirekten Folgen. Die Schweiz ist als ressourcenarmes Land auf offene Märkte angewiesen, jeder zweite

Franken wird im Ausland verdient, und damit auch ein beträchtlicher Teil des Staatsbudgets. Um die Wettbewerbsfähigkeit des sekundären und tertiären Wirtschaftssektors sicherzustellen oder zu erhöhen, muss die Schweiz an der Liberalisierung des Welthandels partizipieren können. Dies scheint aber nur möglich zu sein, wenn der Agrarbereich nicht mehr davon ausgeschlossen bleibt.

In der Würdigung des Freihandelsabkommens muss die Landwirtschaft anerkennen, dass sie auch Teil der gesamten Volkswirtschaft und Gesellschaft ist. Einer Gesellschaft, die klar zu einer ökologischen und marktorientierten Landwirtschaft steht und sich diese auch etwas kosten lässt. Das allgemeingesellschaftliche Wohl liegt also auch in ihrem Interesse.

Die Schweizer Landwirtschaft wird durch das Freihandelsabkommen unter Druck gesetzt. Doch so frappant, wie es die Skeptiker sehen, werden die Konsequenzen nicht sein. Denn es eröffnen



Argus Ref 30606383

sich ihr auch Chancen: Sie würde den Zugang zum europäischen Binnenmarkt mit seinen 490 Millionen teils sehr kaufkräftigen Konsumentinnen und Konsumenten erhalten. Davon könnten Betriebe profitieren, die auf die Erzeugung qualitativ hochstehender Produkte setzen, insbesondere Bergbetriebe beim Export von Käsespezialitäten und Milchprodukten. Ausserdem wird der günstigere Bezug von Maschinen und Hilfsmitteln einen Teil der negativen Konsequenzen abfedern. Verlieren werden in der Tendenz vor allem Betriebe im Talgebiet, die auf die Erzeugung anonymer Massenprodukte aus dem Ackerbau spezialisiert sind.

Das Freihandelsabkommen kann in der Schweizer Landwirtschaft einen erneuten Innovationsschub auslösen, wenn sie sich noch mehr als bisher ökologisch ausrichtet und auf eine konsequente Qualitätsstrategie setzt, wie es etwa der Biolandbau anstrebt.

Der Grenzschutz für Lebensmittel bringt der Schweizer Landwirtschaft derzeit zwar Vorteile, doch sollte sie sich davon nicht blenden lassen, denn er ist aus porösem Gestein gebaut und wird mittel- und langfristig abgebaut, etwa im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Ein mutiger offensiver Schritt dürfte der Landwirtschaft mehr Gestaltungsfreiraum lassen, als ein später, zögerlicher Nachvollzug.

HANNES SCHWEIZER

Die Landwirtschaft in den Industrieländern steht unter vielfältigem Druck. Freihandel und zunehmende internationale Konkurrenz führen zum Prinzip «wachsen oder weichen». Heute wird oft Rationalisierung, Vergrößerung der Betriebe und Industrialisierung der Landwirtschaft als positiv bewertet. Mithalten kann aber nur, wer die Produktivität erhöht oder eine Nische mit einer längeren Wertschöpfungskette findet. Wachsen und die Produktivität steigern ist in der kleinräumigen Schweiz nur beschränkt möglich und wirkt sich nicht zuletzt oft negativ auf die Umwelt aus. Hinzu kommt, dass Wachstum sehr kapitalintensiv ist und somit vor allem die Starken stärkt.

Auf dem gegenwärtigen Weltmarkt mit den Freihandelsregeln der Welthandelsorganisation (WTO) haben grosse Staaten und multinationale Konzerne die Macht und setzen die Agrarpolitik nach ihren Vorstellungen durch. Ihr Ziel ist eine Industrialisierung der Landwirtschaft und die Durchsetzung eines weltweiten Freihandels.

Diese Entwicklung betrifft Bäuerinnen und Bauern weltweit in gleicher Weise. In Industrie-

ländern wie der Schweiz haben Bauernfamilien (noch) das Glück, dass staatliche Zahlungen den Druck mildern.

Eine neoliberale Handelspolitik trägt zur Bekämpfung des weltweiten Hungers nichts bei. Im Gegenteil: Sie macht die Bevölkerung in vielen Ländern von Agrarimporten abhängig und treibt die Industrialisierung – und somit die Entfernung von integrierter Produktion – der Landwirtschaft voran. Weltweit werden jeden Tage Dutzende von Bauernfamilien zur Landflucht oder Auswanderung gezwungen und müssen ihre bäuerlich betriebene Landwirtschaft aufgeben.

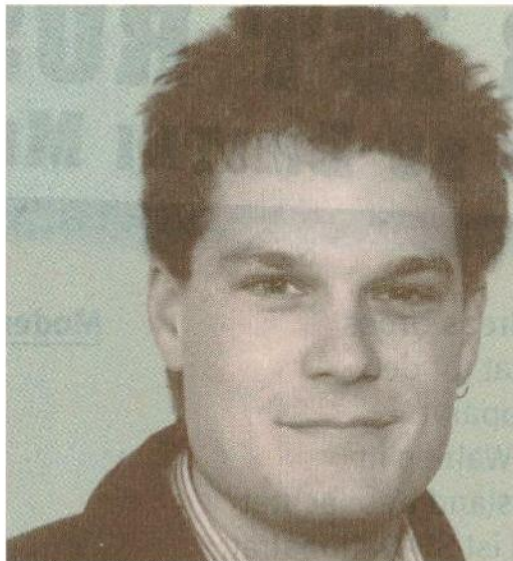
## Mit dem Abkommen werden wir zum Akteur eines undemokratischen Welthandelssystems.

Ein fairer Welthandel kann nur umgesetzt werden, wenn jedem Land die Ernährungssouveränität zugestanden wird. Das heisst, ein Land bestimmt mit demokratischen Entscheiden, wie es seine Landwirtschaft und Verbraucherpolitik gestaltet. So könnte beispielsweise mit der Festlegung des Selbstversorgungsgrades, der Begünstigung regionaler Produktion und lokaler Märkte und mit Schutzbestimmungen gegen Billigimporte eine unabhängige Ernährungssicherheit der Bevölkerung gewährleistet werden. Mit einem Freihandelsabkommen werden wir jedoch zum Akteur eines undemokratischen, unsozialen und ressourcenschädlichen Welthandelssystems.

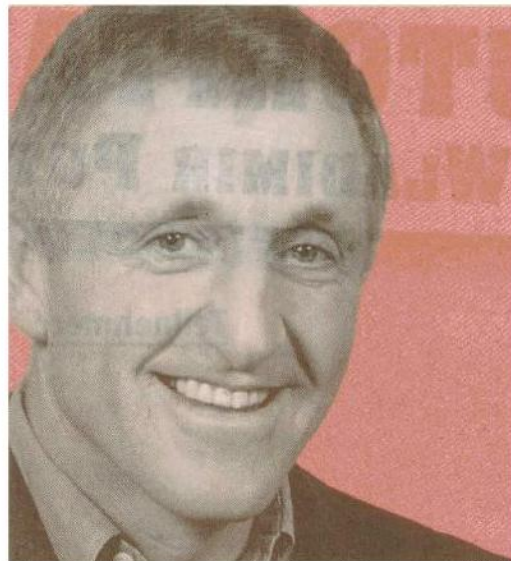
Laut Bundesrätin Doris Leuthard wird die Schweiz davon nur profitieren: Ist es tatsächlich im Sinne unserer Konsumenten und Konsumentinnen, unsere qualitativ hochstehenden Nahrungsmittel zu exportieren und dafür günstigere Produkte aus ganz Europa zu importieren? Zudem wird jenen politischen Kreisen ein Steilpass zugespielt, welche Vorschriften über ökologische Leistungen oder Tierschutzvorschriften abbauen möchten.

Immerhin erfreulich ist die Zusage, dass die Einkommensausfälle der Bauern von bis zu 50 Prozent mit einmaligen Abgeltungen abgedeckt würden. Dafür wären aber mehrere Milliarden Franken notwendig.

Weil ich meine politische Meinung nach sozialen, ökologischen und ökonomischen Grundsätzen bilde, lehne ich ein Freihandelsabkommen mit der EU strikte ab.



**JÖRN SANDERS (33)** ist Mitarbeiter der Fachgruppe Sozioökonomie am Forschungsinstitut für biologischen Landbau in Frick. Er hat zu den Folgen der Liberalisierung der Agrarmärkte für die Schweizer Landwirtschaft promoviert.



**HANNES SCHWEIZER (55)** ist Landwirt in Titterten und Vorstandsmitglied des Bauerverbandes beider Basel. Er sitzt für die SP im Landrat.